

Ercheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementpreis monatlich 50 s. 1/2jähr. 1.50 s. jährlich 3.00 s. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“ (Leseblatt) nicht bezahlet, kostet monatlich 10 s. 1/2jährlich 30 s.

Volksblatt

Insertionsgebühren beträgt für die dreizehnte Zeile oder deren Raum 10 s. für Wohnungs- und Veranlagungsanzeigen 10 s. Im redaktionellen Teile kostet die Seite 50 s. Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 1/2 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Reichsanzeigerliste unter Nr. 1501.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Dessau-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle-Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 58

Halle a. S., Donnerstag, den 10. März 1898

9. Jahrg.

Der Kandidat für die Gemeinderats-Wahl in Trotha ist Milchhändler Wilhelm Banse.

Chronik auf das Jahr 1848.

10. März.
Der Bundesrat beschließt, sämtliche Bundesregierungen einzuladen. Männer des allgemeinen Vertrauens und zwar für jede der 17 Stimmen des Rates einen, nämlich, spätestens bis zum Ende des Monats, mit dem Auftrag hierher abzurufen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behufe der Vorberatung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichen Berichten an die Hand zu geben. Dieser Aufforderung wird alsbald von den Regierungen entsprochen. Die meisten derselben in den nächsten Wochen zum Vorparsam in Frankfurt eintreffenden Vertrauensmänner geüben der bisherigen liberalen Opposition an.
In Berlin werden in diesen Tagen bei der ständigen Aufregung des Volkes das Schloß und die verfallene Berliner Mauer besetzt. In den Hauptbahnen werden die Zündhölzer und Bonnetten von den Gewehren abgenommen. In die Kellern werden scharfe Patronen geliefert. Durch die zahlreichen Einjährig-Freiwilligen gelangen die Maßregeln zur Kenntnis des Publikums und vergrößern die Erregung.
In der Nacht vom 9. zum 10. halte Louis Montan in München einen Vortrag zu verlassen. In der Folge hielten sich Gerichte aufrecht, daß die Sozialisten in voll einer Stunde von München gelegenen Schloß Pfaffenlohe ziele, von wo man sie durch eine bewaffnete Schaar verdrängen wollte.
Dänemark. Es ergeht ein Befehl gegen die Sozialisten, daß die Zensur aufgehoben, aber der Volkszettel für weiten Spielraum läßt und die Deutschen nicht befriedigt.

Deutscher Reichstag.

Die Beratung über die Postreformnovelle wurde fortgesetzt. Die Debatte zog sich noch eine lange Weile hin. Von unserer Seite sprach noch einmal Graf v. Bismarck. Er begründete noch einmal seine vielfach angeführte Ansicht, daß den Privatpost-Beschlüssen keine Entschädigung gebühre, wenn das Postgesetz erweitert werde und wies darauf hin, daß niemand daran gedacht habe, die Inhaber von Druckereis- und Buchdruckereis-Verträgen, die durch das Sozialgesetz verboten wurden. Vom Staatssekretär v. Bobbieltz wurde die Frage beantwortet, warum eine Erklärung über das Postgesetz nicht abgegeben worden sei. Er erklärte, daß die Sozialisten die Erweiterung des Postgesetzes nicht wollten, weil sie die Postverwaltung nicht wollten, weil sie die Postverwaltung nicht wollten, weil sie die Postverwaltung nicht wollten.

Das Ende der Sitzung wurde mit der Beratung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ausgefüllt. Man hat aber nur mit der Generaldebatte sich das Haus. Von unserer Seite sind einige Anträge gestellt, die den Sozialisten begünstigen. Entschieden ist erit am Sonnabend aus der Befähigung entlassen worden. Er sieht recht schlecht aus. Er konnte nicht mehr sprechen und war auf der Tribüne fast unerkennbar. Morgen ist Schmarntag.

57. Sitzung vom 8. März.
Am Bundesrat: v. Bobbieltz, Nieberding.
Die Beratung des Bundesrats hat die Aufnahme der Reichs- und Provinzialen in das Reichsgericht der konstitutionellen Verhältnisse betriebe wird detailliert in erster und zweiter Beratung angenommen.
Hierzu wird die erste Beratung der Novelle zum Postgesetz fortgesetzt.

Abg. Marcour (Cent.) wünscht noch weitergehende Reformen besonders zu Gunsten des platten Landes.
Abg. Benmann (Frel.) erklärt sich gegen die Ausdehnung des Postgesetzes nicht sowohl im Interesse der Privatpostanstalten als vielmehr im Interesse des Publikums. Seine Zeit sei in den Wäldern zum Postgesetz auszuwenden. Er hat sich im Bedauern zur Ausdehnung des Postgesetzes auf die Staatsbürger nicht vorliege und kein finanzielles Hindernis für eine solche Ausdehnung nicht maßgebend sein sollten. Eine langwierige Verhandlung der Gründe, die jetzt für die Ausdehnung des Postgesetzes angeführt wurden, beweise die Einführung des sozialistischen Zustandes in optima forma. Wenn das Publikum kein Interesse an den Sozialisten habe würden viele von selbst zu Grunde gehen, also liegt die politische Befriedigung der Bevölkerung und die politische Befriedigung des Volkes im eigenen Interesse der Sozialisten. Letztgenanntes bemerkt die förmliche Sozialdemokratie auf die vorige Privatpost. Bezüglich der Entschädigungsfrage ist er nicht der Ansicht der Sozialdemokraten, daß die Privatrechts-Entschädigung bedürftig. Das Volk ist die Tarifermäßigung anzugewöhnen und die Erweiterung des Postgesetzes möglichst einstimmig abzuschließen.
Staatssekretär v. Bobbieltz: Der Antrag von Sachsen hat ein Recht auf freie Beförderung seiner Postkassen durch die Reichspost, also kein Interesse an der Erweiterung der Privatposten.

Ich habe gestern die Leistungsfähigkeit der Privatposten im allgemeinen durchaus nicht angegriffen, noch gibt es unter ihnen auch recht schlecht gereitete Institute.
Abg. Dr. Förster (widerl. Zeit.) verlangt weitergehende Ermäßigungen. Das Wort für einige Verleser konnte auf 5 Bg. und für gewöhnliche Briefe auf 3 Bg. herabgesetzt werden. Die Ausdehnung des Postgesetzes ist durchaus notwendig. Eine Entschädigung aus Billigheitsgründen sei geboten.
Geheimrat Lambach verteidigt das juristische Gutachten der Privatpost. Die Inhaber der Privatposten hätten kein „woblerisches Recht“, das entrichtet werden muß. In der Auslegung des Begriffs „privater Brief“ werde die Post nicht enger gehalten.
Abg. Febr. v. Tamm: Die Vorlage sollte so wie sie ist angenommen werden, denn sie bringt ausgedehnte Berechtigungen. Warum sollen die 3/4 Millionen Bewohner der großen Städte den Vorteil billigerer Briefbeförderung haben, von den die übrigen 4 1/2 Millionen ausgeschlossen sind. Auch dadurch wird die Befähigung der Privatposten des platten Landes befördert. Die Ausdehnung des Postgesetzes ist wichtiger als die Vorermäßigungen. Die Entschädigung kann den Privatposten nicht aus dem Reichs-schatz, sondern nur aus Billigkeitsgründen gewährt werden. Sie wird höchstens 1/4 Million beanspruchen. Die 3000 Angehörigen der Privatposten werden leicht unterhalten können.

Abg. Warm (Soz.) weist die östlichen Bauern und Landarbeiter in die große Gefahr, so thun sie es nicht wegen des billigeren Postes, sondern um der schlechten Behandlung zu entziehen, die ihnen die Inhaber angedeihen lassen. Sehr richtig! bei den Soz. Merkmalen, daß sich jetzt die Parteien so lebhaft für eine Entschädigung der Privatposten einsetzen. Haben sie doch geschwiegen, als das Sozialgesetz unter Dürrezeiten und Buchbindungen verhandelt! Niemand gewähre da Entschädigung. Der von Bobbieltz sagte, er verachte es, wie sein Vorgänger, als seine Pflicht, das Briefgeschäft stets zu wahren. Herr v. Stephan hat es aber nicht gewagt, darüber liegen aufgefällige Äußerungen vor.
Ich verweise u. a. auch auf ein Gerichtsurteil vom 22. Febr. 1878 in diesem Sinne, daß durch Postengesetze erweitert ist, daß Briefe an die Führer der sozialdemokratischen Partei durch die Post auszusenden seien. Auch im Reichstage sind solche Fälle bekannt geworden, noch am 20. Februar 1896 sprach hier Herr v. Bismarck davon. Diese Vorlegung des Briefgesetzes ist nicht die Ursache der Post, im Interesse der Neutralität der Post ist es notwendig, daß von ihm auszugehen bei der Staatsanwaltschaft gegen die Postbehörden erhoben wird, die eine solche Vorlegung des Briefgesetzes verlangt haben. Unter Umständen gegen die Postverwaltung in dieser Hinsicht ist eine Folge dieser Erfahrungen. Wir können uns also nicht damit zufrieden geben, daß das Briefgeschäft, wie bisher, gewahrt werden soll, es wird uns dagegen freuen, wenn Herr v. Bobbieltz erklärt, er werde absolut auf Wahrung des Briefgeschäftnisses dringen.

Staatssekretär v. Bobbieltz: Meine Erklärung, daß ich es für meine vornehmste Pflicht halte, das Briefgeschäft zu wahren, wird der Wahrheit des Wortes gemäßen. Das betrachte auch mein Vorgänger als seine Pflicht. Der Fall aus dem Jahre 1871 kann ich jetzt nicht widerlegen. Stephan war damals eben Reichspostsekretär geworden. In der Bundesarbeitungsangelegenheit (schon die Unterlegung, velleicht kann ich ihr Ergebnis bei der dritten Lesung mitteilen).
Die Diskussion wird hierauf geschlossen.
Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.
Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Abg. Endhagen (Soz.) beantragt eine Reihe von Anträgen, die den Sozialisten zu dem in zweiter Beratung an dem genannten Vorlage gestellt sind, durch die letztere Rechtsanwaltschaft für das Publikum geschaffen werden sollten. Unter anderem wird auch die Aushebung des Reichsgerichts für politische Verbrechen beantragt, sowie eine Vorfrist, durch die die Anwälte obligatorisch gemacht werden sollen.
Abg. v. Carstén (Vot.) tritt für den letzten Antrag ein, der für die politischen Verbrechen eine Notwendigkeit ist.
Abg. Weisheit (Cent.): Die Anträge sind in der Kommission sämtlich geprüft worden aber mit großer Majorität abgelehnt. Zu hie Sie, es bei den Befugnissen der zweiten Lesung zu beschließen.

Geheimrat Dr. Künzel bittet ebenfalls um Ablehnung der Anträge Staatsbürger. Eine besondere Vorfrist über die Aushebung von Dolmetschern ist entbehrlich.
Abg. Bismarck (Cent.) tritt mit Rücksicht auf die Befähigung in der politischen Verbrechen für die Einführung der Vorfrist über die Aushebung eines Dolmetschers ein.
Damit schließt die Generaldebatte.
Hierzu verlag sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Anträge Schmeier (Frel., Volksp.) und Dr. Bieder (Cent.) betr. die Einbürgerung Preussens.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

* Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte am Dienstag als notwendige Folge der Vermehrung der Schiffe nach dem Flottengesetz sämtliche Schiffbauunterstützung für das nächste Etatsjahr.
Das preussische Abgeordnetenhaus legte am Dienstag das Kulturamtsbudget, das es seit zwei Tagen angenommen hat, mit großem Eifer fort. Die Paritätsdebatte, die das Zentrum im preussischen Landtage entfesselt hat, sind die Kanonaden, womit es seinen Widerspruch in der Flottensache decken will. Die nationalliberale Partei, deren Redner beim Ort des Kulturministeriums mit besonderer Vor-

liebe gegen die Ultramontanen vorging, hielten sich in Anbetracht der „nationalliberalen Berichter“ des Zentrums um die Marinevermehrung zuerst zurück. Heute aber konnte der berühmte Kulturgenosse Herr v. Eynern sich nicht mehr zählen, und so zog er denn gegen das Zentrum los, und erklärte dessen Verlangen auf Rückzug der Orden für ebenso unmöglich, wie die Wiedererrichtung einer katholischen Abteilung im Kultusministerium. Dann löste er das Zentrum für den großen Kampf gegen den Unsturz, mobil zu machen. Er legte ihm die Frage vor, wie es sich verhalten würde, wenn in einem Wahlkreise der Nationalliberalen mit einem Sozialdemokraten in Stichwahl käme. In Dortmund habe das Zentrum bei den letzten Wahlen für den Sozialdemokraten gestimmt. Die Nationalliberalen seien entschlossen, wenn ein Zentrumskandidat und ein Sozialdemokrat in die Stichwahl käme, für den Zentrumskandidaten zu stimmen, vorausgesetzt natürlich, daß die Zentrumswähler in ähnlichen Fällen auch einen Nationalliberalen ihre Stimme geben. Herr Borch, der Zentrumredner, lehnte ein näheres Eingehen auf die künftige Wahlstatistik des Zentrums ab, so daß der vorgelegene Kuhhandel noch nicht perfekt geworden ist. Jügenddurch lassen die Dänen und Polen mit ihren Klagen über Benachteiligung ihrer Nationalität durch die preussische Verwaltung. Viel Gewicht wurde auf diese Beschwerde aber nicht gelegt, sie wurden durch kurze Bemerkungen von Ministerialrat sehr rasch erledigt. Die Weiterberatung des Kultusrats wurde hierauf auf Mittwoch vertagt.

Chinesische. Die Situation in Kiao-Tschau wird jetzt durch die Maßnahmen der Russen recht kritisch. Nach einer Meldung aus Shanghai hat der Gouverneur von Kirin (Manchurie) einen höheren Beamten nach Peking geschickt, um anzufragen, was er gegenüber der Anwesenheit von 15 000 bis 20 000 Mann russischer Truppen im Lande zu thun habe.

Die englische Regierung wird nach einer Mitteilung der Central News, wenn sich die letzten Meldungen über das russische Vorgehen in China bestätigen, in Peking nachdrücklichen Einspruch gegen die Bemühungen der russischen Regierung einzulegen und alsdann die Entsendung der Dinge abwarten.
Als Gouverneur für Deutschland ist, wie jetzt gemeldet wird, der Kapitän zur See, Rosenbath, für Kiao-Tschau ernannt worden. Er führt den Titel Gouverneur und steht an der Spitze der Militär- und Pol. Verwaltung.

* Mit der Flottenvorlage beschäftigte sich das Zentrum in seiner am Montag stattgehabten Fraktions-sitzung. Ein Beschluss wurde nicht herbeigeführt, da die bairischen Mitglieder bei ihrer Opposition gegen die Vorlage beschließen und sogar drohten, sie würden es soent, daß der Fraktion ausbleiben. — So schlimm wies nicht werden. Sie werden schon noch über den Stock bringen.

* Zugelimmt hat die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses sowohl wie des Reichstages dem vom Bundesrat ausgearbeiteten vorschläglichen Entwurf für die Reichsflottensachen. — Was auch nicht anders zu erwarten.

Herbert Bismarck ist zum Kaiser zur Tafel geladen worden, was von letzten der offiziellen Briefe als eine Anerkennung zwischen dem Kaiser und dem Haupte Bismarck gepriesen wird. Eines der offiziellen Organe schreibt mit Bezug auf diese Einladung folgendes:

„Das ist ein Zeichen der Zeit. Es ist nicht lange her, daß der Kaiser sich bei einem Sozialdemokraten, zu dem er geladen war, die Anwesenheit des Grafen Herbert vorbereiten hatte.
Der Pol. Kor. meldet, der Kaiser des Grafen Bismarck vom Kaiser Hofstaatsministeren heute noch. Für die Bismarck'sche Hofschaffel hat Graf Herbert Bismarck bestimmt.
Der Kaiser trägt 150 000 M. ein. Die Finanzen des kaiserlichen Hofes haben den ältesten Sohn des Kaiserhauses schon lange für diesen Posten haben wollen.

Der Kaiser und das Zentrum Der kaiserliche Bisherige Gouverneur schreibt:

„Wir erhalten folgende Mitteilung. Das Gerücht, nach dem Graf von Verdenfeld, der bairische Gesandte am kaiserlichen Hof, abermalen worden sollte, führt sich auf dieselbe Mitteilung des Kaisers zurück, aus welcher es zu seinem Ende zu löse zwischen dem Kaiser und dem Zentrum abgehandelt worden b. Berlin kam. Graf v. Verdenfeld sollte gemeinsam mit dem Kriegsminister v. Schöler auf dem Spahle eine Unterredung Herings mit dem Kaiser zu Stande bringen, welche Veräußert aber jedesmal vom Kaiser abgelehnt worden.“
Geht der Bündler wird schon jetzt, ehe nur der Wahlkampf beginnt, in Hülfsdienst gerufen. An die Kaufleute veranlaßt sie folgendes Bittschreiben:
Dat der Bundesrat Kaufmann Leon Herz für die Landwirt-

Repräsentationsfest.

In Stadteroberungs-Feiern... Die Herren Repräsentanten... Und Licht und Klang...

Des Bürgermeisters... Gebiete's halb und halb... Drum gibt den Saal man willig...

So 'rmer Bürgermeister nun... Für den muß man schon etwas thun... Doch braucht zur Begrüßung mal...

Gesellschaft.

Die Kalknarrsagen leiden nicht. Nicht allein in Ost, den gibt es wunderliche Volksgestalten... Die Kalknarrsagen leiden nicht...

Soziales.

Die endgiltigen Ergebnisse der letzten Volkszählung vom 2. Dezember 1895 in preussischen Staaten... Die endgiltigen Ergebnisse der letzten Volkszählung...

Polizeiliches und Gerichtliches.

Durch eine Notiz über die Verbindung eines angeklagten... Durch eine Notiz über die Verbindung eines angeklagten... Die Verurteilung eines... Die Verurteilung eines...

ihn mit der Erklärung bezog, daß er sofort in Freiheit gesetzt werden würde... ihm mit der Erklärung bezog, daß er sofort in Freiheit gesetzt werden würde...

Wegen die ministerielle Nichtbestätigung unseres Parteiprogramms... Wegen die ministerielle Nichtbestätigung unseres Parteiprogramms...

Arbeiterbewegung.

Mahregelung von Postbeamten in Gamburg. Doleiß ist vor kurzem der Versuch gemacht worden, die Post-Unterbeamten zu organisieren... Mahregelung von Postbeamten in Gamburg...

In Sachen des Schuhfabrikarbeiterstreiks... In Sachen des Schuhfabrikarbeiterstreiks... Die Arbeiterbewegung... Die Arbeiterbewegung...

lokales und Provinziales.

*Die augenbildliche Situation im Baugewerbe... *Die augenbildliche Situation im Baugewerbe... Die augenbildliche Situation im Baugewerbe...

keinen Schluß auf eine günstige Frühjahr- oder Sommer-... keinen Schluß auf eine günstige Frühjahr- oder Sommer-... Die augenbildliche Situation im Baugewerbe...

Unter diesen Umständen wird das Schicksal der bevorstehenden Lohnbewegungen in wesentlichen davon abhängen... Unter diesen Umständen wird das Schicksal der bevorstehenden Lohnbewegungen...

Gestorben sind im Laufe der vergangenen Woche 39 Personen... Gestorben sind im Laufe der vergangenen Woche 39 Personen... Die augenbildliche Situation im Baugewerbe...

Zeit. Eine Geschäftsstelle des Zertifikatsverbandes hat sich... Zeit. Eine Geschäftsstelle des Zertifikatsverbandes hat sich... Die augenbildliche Situation im Baugewerbe...

*G. Gießen. Especially berichtet es, wann von hiesigen... *G. Gießen. Especially berichtet es, wann von hiesigen... Die augenbildliche Situation im Baugewerbe...

lokales und Provinziales.

*Die augenbildliche Situation im Baugewerbe... *Die augenbildliche Situation im Baugewerbe... Die augenbildliche Situation im Baugewerbe...

keinen Schluß auf eine günstige Frühjahr- oder Sommer-... keinen Schluß auf eine günstige Frühjahr- oder Sommer-... Die augenbildliche Situation im Baugewerbe...

Parteianträge.

Ein Standhafter. Unser ungarischer Genosse Johann... Ein Standhafter. Unser ungarischer Genosse Johann... Parteianträge...

Treffen aus einer Gruppe, und wer bewirkt ist, der nicht will, sondern nur nicht will, sondern nur nicht will, sondern nur nicht will...

ist ein altes Sprichwort und wollen wir hoffen, doch auch hier und im ganzen Wanderschafts-Gebiete recht bald die Überzeugung...

Was die Preisfrage nach sich selbst anbelangt? Will nicht ein fester Lohn von 25 bis 30 Pf., ganz abhängig? Willen wir uns nicht auch nach der Dede streiten und oft genug zufrieden sein mit dem, was wir kriegen?

Prober Befehl sollte den Juganten der gedankenlos die Arbeit des Schiedsrichters über die Beamten gleichgültig der Saisonarbeit des beliebigen Mannes über...

Da haben wir's! Wenn aber der von der Hand in den Mund lebende Arbeiter, der mit seiner einzigen Ware Arbeitkraft sich selbst verkauft, auch nicht scheitern will, auch ebendabei aber...

Was für eine Schönerlei, sondern ein unabhängiger Selbstständig. Als solcher ist es Christus die mit, auf unabhängige Preise zu halten, nicht zu scheitern. Wie ist die Preise für...

Die Frühjahrs-Kontroll-Versammlungen

Nach Halle und Giebichenstein finden an folgenden Tagen statt:
Unterbezirk 2, Halle (Stadt).

Table with 2 columns: Date and Location. Rows include April 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 for various locations like Halle, Magdeburg, etc.

und für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 5. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Burg bei Beberburg, Bülowitz, Capellenberg, Gram...

Am 6. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 7. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 8. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 9. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 10. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 11. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 12. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 13. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 14. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 15. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 16. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 17. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 18. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 19. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 20. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 21. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 22. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 23. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 24. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

am 25. April, mittags 12 Uhr für sämtliche Jahrgänge aus den Ortsteilen Wöllberg, Gürtel bei Halle, Wörmitz.

Am 26. April, morgens 9 Uhr für den Jahrgang 1890 und Unteroffiziere des Jahrgangs 1889

Gewerkschaftsartikel von P. K.

Sitzung vom 4. März 1893.
Am 1. Punkt 1: Antrag eines Schriftführers, wurde Genosse G. an die Spitze...

Am 2. Punkt 2: Bericht über Gründung eines Arbeitervereins, referierte Genosse G. über den ausgearbeiteten Entwurf der Kommission...

Am 3. Punkt 3: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 4. Punkt 4: Anträge und Mitteilungen, teilt der Vorsitzende mit, daß eine Gewerkschaft, die aber nicht genannt sein will, sich in großer Notlage befindet...

Am 5. Punkt 5: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Versammlungsberichte.

Am 6. Punkt 6: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 7. Punkt 7: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 8. Punkt 8: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 9. Punkt 9: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 10. Punkt 10: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 11. Punkt 11: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 12. Punkt 12: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 13. Punkt 13: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 14. Punkt 14: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 15. Punkt 15: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 16. Punkt 16: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 17. Punkt 17: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 18. Punkt 18: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 19. Punkt 19: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 20. Punkt 20: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 21. Punkt 21: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 22. Punkt 22: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 23. Punkt 23: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 24. Punkt 24: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 25. Punkt 25: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 26. Punkt 26: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.

Am 27. Punkt 27: Bericht der Delegierten über die Presse. Berichtete Delegierte hatten Bericht, jedoch ist noch kein voller Überblick zu gewinnen.